




# Die Weichen sind gestellt

**Schulpolitik.** Die Bundesländer wollen die Qualität der Schulen verbessern. Das klappt im Großen und Ganzen. Jedoch zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), dass noch Hausaufgaben zu machen sind. 

Als Reaktion auf den PISA-Schock im Jahr 2001 hatten sich die Länder seinerzeit ein ambitioniertes Programm verordnet, mit dem sie ihre Schulen fit machen wollten. Eine aktuelle Bestandsaufnahme der bildungspolitischen Reformen durch das IW Köln belegt: Vieles ist ge-

schehen, aber manches dümpelt noch immer vor sich hin oder wird nur halbherzig angepackt:

**Bildungspolitische Voraussetzungen.** Die allgemeinbildenden Schulen sollten ihre Schüler bis zur 10. Klasse auf eine Ausbildung oder eine weiterführende Schule vorberei-

ten. Alle Länder haben dieses Ziel in ihre Schulgesetze geschrieben.

Außerdem sollten die Schulen mehr Eigenverantwortung – von der Personalauswahl bis hin zur Budgetkompetenz – bekommen, die Fachleute sprechen von der „Selbstständigen Schule“. Deshalb haben die meisten Länder entsprechende Vorgaben gesetzlich verankert.

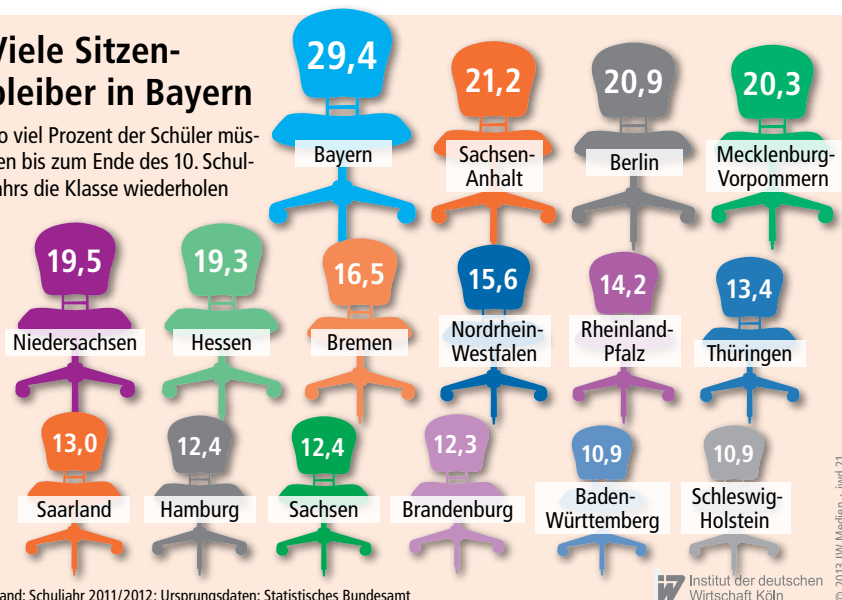
**Qualitätssicherung.** Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein existieren überall sogenannte Qualitätsrahmen – darin wird z.B. anhand bestimmter Merkmale beschrieben, was guter Unterricht ist oder wann eine Schule effizient gemanagt wird.

Der Qualitätssicherung dient auch die interne und externe Evaluation: Hier wird im Rahmen von Inspektionen geprüft, wie gut die Schulen tatsächlich sind. Das ist z.B. daran abzulesen, welche Abschlüsse die Schüler erreicht haben. Das geschieht in nahezu allen Ländern.

Einem ähnlichen Ziel dienen Vergleichsarbeiten: So kann das Leistungsniveau ermittelt werden – und ob Schulen schwächeln. Ebenso →

## Viele Sitzenbleiber in Bayern

So viel Prozent der Schüler müssen bis zum Ende des 10. Schuljahrs die Klasse wiederholen



## Inhalt

**Schweizer Franken.** Die Schweizer Nationalbank musste teils Devisen aufkaufen, um den Mindestkurs des Franken zu halten. Nun hat sich die Lage entspannt.  
Seite 3

**Online-Lehre.** Massenvorlesungen renommierter Universitäten boomen derzeit im Internet – vor allem in den USA sind sie ein Trend.  
Seite 4-5

**Fußball.** Die Champions League lohnt sich für die teilnehmenden Vereine. Selbst der Weg zum Finale wird fürstlich entlohnt.  
Seite 6

**M+E-Tarifabschluss.** Die Tarifparteien der M+E-Industrie haben sich nach nur zwei Monaten auf einen neuen Entgelttarifvertrag geeinigt.  
Seite 7

**Studentischer Wohnungsmarkt.** Durch den Run auf die Unis sind in den Städten gerade kleine Wohnungen knapp und teuer.  
Seite 8

**Institut der deutschen Wirtschaft Köln**  
Präsident:  
Dr. Eckart John von Freyend  
Direktor:  
Professor Dr. Michael Hüther  
Mitglieder:  
Verbände und Unternehmen in Deutschland

→ haben alle Länder zentrale Abschlussprüfungen eingeführt. Nur Rheinland-Pfalz entzieht sich diesem Lackmustest.

**Schulmanagement.** Viele Länder haben längst nicht alle Entscheidungsbefugnisse und Ressourcen auf die Schulleitungen übertragen. Insbesondere Personalentscheidungen dürfen sie häufig nicht autonom treffen. Die Schulen müssen sich – außer in Sachsen – gegenüber Eltern auch nicht für ihre Leistungen rechtfertigen. Ebenso können Schulleiter ihre Mitarbeiter in der Regel nicht disziplinarisch belangen.

**Schulkultur.** Hier liegt noch einiges im Argen (Tableau). Einen Rechtsanspruch auf Ganztagsunterricht oder die Einbeziehung von Behinderten in den normalen Schulbetrieb – Experten nennen das Inklusion – gibt es nur in Ausnahmefällen.



++ Interview +++ Interview +++ Interview

Nachgefragt bei Helmut E. Klein, Referent für schulische Bildung im Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Welche Reformschritte mahnen Sie aufgrund Ihrer Forschungsergebnisse vorrangig an?**

Wenn man sieht, dass bis zu einem Drittel der Schüler bis zum Ende der Sekundarstufe I eine Klasse wiederholen müssen, dann muss die individuelle Förderung verstärkt werden (Grafik Seite 1). Zudem sollte es bis zur 10. Klasse eine verpflichtende Sprachförderung für alle Schüler geben, die die deutsche Sprache nicht hinreichend beherrschen – unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

**Wie möchten Sie Schulen in sozialen Brennpunkten ausstatten?**

Manche Schule hat es mit einem schwierigen Umfeld zu tun. Deshalb sollte sie mit zusätzlichen Geldern ausgestattet werden, etwa für Sozialarbeiter. Die Mittel dafür müssen aus dem Landeshaushalt kommen.

Schulen mit einem besonderen Förderbedarf – etwa bei vielen Kindern aus bildungsfernen Familien – bekommen nur in Hamburg, NRW und Berlin zusätzliche Mittel, um etwa einen Sozialarbeiter einzustellen. Ein Sozialindex, der zum Beispiel aufzistet, wie viele Migranten-

kinder in einer Klasse sind, hilft dabei, Mittel gezielt zuzuweisen.

**Lehren und Lernen.** In den meisten Ländern gibt es inzwischen Kernlehrpläne, die vorgeben, was die Schüler am Ende eines fest definierten Zeitraums können müssen. Auch nutzen Schulen zunehmend Schülerportfolios – das sind Vorlagen, in denen die Stärken und die Entwicklung von Schülern individuell dokumentiert werden.

**Das Gros der Bundesländer bekennt sich dazu, den einzelnen Schüler stärker zu fördern – Hochbegabte genauso wie Lernschwache.**

Allerdings sind die Länder dabei in der Praxis unterschiedlich weit – beispielsweise gibt es vielerorts keine verpflichtende Regelung für Kinder mit einer Rechenschwäche. Auch eine obligatorische Sprachförderung für Kids mit Defiziten sucht man oft vergeblich.

**Schulkultur: Noch einiges im Argen**

Bestandsaufnahme der aktuellen rechtlichen Regelungen der Länder (Auswahl)	Verpflichtendes Arbeitsprogramm, wie sich die Schule pädagogisch weiterentwickeln will (Schulprogramm)	Rechtsanspruch auf ganztägigen Schulunterricht	Rechtsanspruch auf die Teilnahme behinderter Kinder am gemeinsamen Unterricht (Inklusion)	Mittelzuweisung nach sozio-ökonomischen Kriterien (Sozialindex)
✓ Ja ✗ Nein				
Baden-Württemberg	✗	✗	✗	✗
Bayern	✗	✗	✗	✗
Berlin	✓	Teilweise	✗	Teilweise
Brandenburg	✓	✗	✗	✗
Bremen	✓	✗	✓	✗
Hamburg	✓	✗	✓	✓
Hessen	✓	✗	✓	Ab Schuljahr 2013/2014
Mecklenburg-Vorpommern	✓	Teilweise	✗	✗
Niedersachsen	✓	✗	✓	✗
Nordrhein-Westfalen	✓	✗	✗	✓
Rheinland-Pfalz	✓	✗	✗	✗
Saarland	✗	✗	✗	✗
Sachsen	✓	✗	✗	✗
Sachsen-Anhalt	✓	✗	✗	✗
Schleswig-Holstein	✓	✗	✗	✗
Thüringen	✗	Teilweise	✗	✗

Stand: Jahreswende 2012/2013; Quelle: IW-Zusammenstellung



**Gutachten**

Information

Ina Esselmann, Mira Fischer, Helmut E. Klein: Politik-Check Schule 2013. Eine Bestandsaufnahme aktueller bildungspolitischer Aktivitäten der Länder der Bundesrepublik Deutschland zur Reform des allgemeinbildenden Schulsystems

[www.iwkoeln.de/studien/gutachten](http://www.iwkoeln.de/studien/gutachten)

# Der Druck lässt nach

**Schweizer Franken.** Seit die Schweizer Nationalbank im September 2011 ankündigte, den Wechselkurs des Franken zum Euro nicht unter 1,20 fallen zu lassen, musste sie mehrfach am Devisenmarkt intervenieren. Inzwischen hat sich die Lage entspannt.

„Die Nationalbank wird den Mindestkurs [von 1,20 Euro] mit aller Konsequenz durchsetzen und ist bereit, unbeschränkt Devisen zu kaufen.“ Mit dieser unmissverständlichen Ankündigung reagierte die Schweizer Nationalbank (SNB) am 6. September 2011 auf die drastische Aufwertung des Franken infolge der Euro-Schuldenkrise.

Denn damals suchten viele Investoren in Europa einen sicheren Hafen für ihr Geld und legten es in Schweizer Franken an. Dessen Preis zog kräftig an: Bekam man für einen Euro im Herbst 2007 noch knapp 1,70 Franken, war es im August 2011 nur noch rund ein Franken. Für die Schweizer Exporteure bedeutete diese Aufwertung eine schwere Bürde (Kasten).

Um zu verhindern, dass eidgenössische Produkte für ausländische

Kunden immer teurer würden, trat die Schweizer Nationalbank in Aktion. Der Devisenmarkt reagierte prompt auf deren Mindestkurs-Ankündigung: Innerhalb eines Tages stieg der Wechselkurs des Franken zum Euro von rund 1,10 auf mehr als 1,20. Dazu musste die SNB nicht einmal wirklich in den Markt eingreifen – zunächst genügte allein ihre Ankündigung und Entschlossenheit, um den Kurs des Franken zu stabilisieren.

Die Verschärfung der Euro-Schuldenkrise zwang die SNB dann allerdings doch zum Handeln (Grafik):

**Im Laufe des Jahres 2012 fiel der Kurs der Schweizer Währung mehrmals auf fast 1,20 Franken je Euro.**

Um den angestrebten Mindestkurs zu verteidigen, mussten die Währungshüter massiv Euro am Devisenmarkt kaufen:

**Die Eurobestände der SNB stiegen daher vom ersten zum zweiten Quartal 2012 um nahezu 80 Prozent auf fast 220 Milliarden Franken.**

## Exportland Schweiz

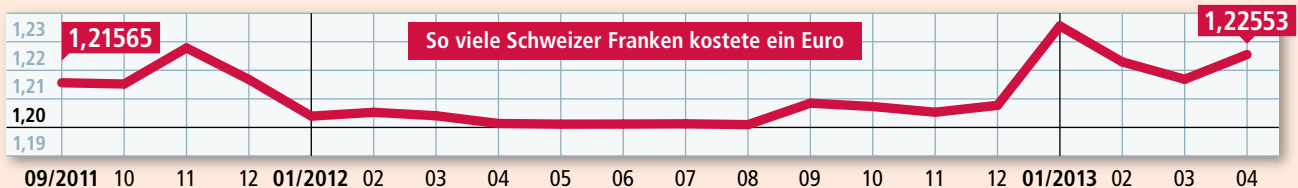
Im Jahr 2011 haben Schweizer Unternehmen Waren und Dienstleistungen im Wert von rund 300 Milliarden Franken ins Ausland verkauft. Damit machten die Exporte mehr als 51 Prozent des Schweizer Bruttoinlandsprodukts aus. Zu den wichtigsten industriellen Exportgütern zählten Pharmazieprodukte (47 Milliarden Franken), Maschinen (26 Milliarden Franken) und Uhren (19 Milliarden Franken).

Ab Herbst 2012 beruhigten sich die Märkte jedoch – zunächst, als der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, ankündigte, die EZB werde alles tun, um den Euro zu erhalten. Weiteren Druck vom Devisenmarkt nahm Draghi dann Anfang 2013, als er eine allmähliche wirtschaftliche Erholung in den Euroländern prognostizierte.

All dies ließ den Kurs des Franken zum Euro deutlich über die 1,20er-Marke steigen. Sollte sich die Krise in der Eurozone nicht abermals verschärfen, kann die Schweizer Nationalbank ihre Devisenreserven künftig langsam wieder abbauen.

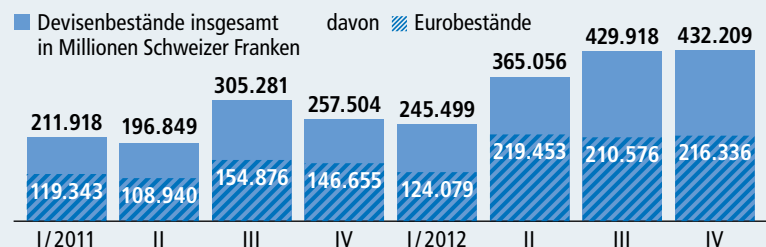
## Schweizer Franken: Notenbank stabilisiert Wechselkurs

Im September 2011 hat die Schweizer Nationalbank erklärt, der Wechselkurs des Schweizer Franken zum Euro dürfe nicht unter die Grenze von 1,20 Franken fallen.



Kurs jeweils am Monatsende; Quelle: Bloomberg

Um den Mindestkurs des Franken zu halten und eine Aufwertung zu vermeiden, musste die Schweizer Nationalbank Devisen aufkaufen.



Bestand jeweils am Quartalsende; Quelle: Schweizer Nationalbank

# M O O C

**Online-Lehre.** Die kalifornische Stanford-Universität tut es, Harvard und das Massachusetts Institute of Technology tun es auch: Sie bieten **Massive Open Online Courses (MOOCs)** – sprich „Muhks“ – an. Das sind Massenvorlesungen im Internet – eine relativ neue Erfindung, die inzwischen ihrem Namen mehr als gerecht wird und Hunderttausende anzieht. Nur Deutschland ist noch MOOC-Entwicklungsland, doch das soll sich bald ändern.

Ihren Ursprung haben die Online-Vorlesungen in Kanada: Dort entstand – unter anderem wegen der großen Entfernungen – im Jahr 2008 eine Kooperation aus mehreren Uni-

### Coursera

Start	April 2012
Nutzer	2,7 Millionen
Beteiligte Universitäten	69 Universitäten aus der ganzen Welt, u.a. Technische Universität München, Ludwig-Maximilians-Universität München
Kurse	222
Themen	Medizin, Biologie, Sozialwissenschaften, Mathematik, Betriebswirtschaftslehre, Informatik u. a.
Sprachen	Englisch, Spanisch, Chinesisch, Französisch, Italienisch

Stand: April 2013  
Quelle: IW-Zusammenstellung Institut der deutschen Wirtschaft Köln

versitäten und dem National Research Council. Im Jahr 2011 sprang der Stanford-Professor Sebastian Thrun auf den Zug auf und öffnete einen seiner Kurse für die Internetgemeinde. An dem Online-Seminar nahmen 160.000 Studenten teil. Thrun gründete daraufhin die Lernplattform Udacity. Das Start-up ging im Februar 2012 ans Netz und ist seitdem sehr erfolgreich:

**Mittlerweile hat Udacity gut 500.000 Nutzer, die an insgesamt 25 Kursen in Informatik, Mathe, Physik oder Psychologie teilnehmen.**

Im April 2012 kam Coursera hinzu. Die Lernplattform, an der inzwischen 69 Universitäten aus aller Welt beteiligt sind, hat sich zum Marktführer der MOOC-Anbieter entwickelt. Nach nur einem Jahr nutzen gut 2,7 Millionen Studenten die insgesamt 222 Kurse.

Die dritte große Plattform, edX, ist ein Gemeinschaftswerk der Harvard University und des Massachusetts Institute of Technology. edX ist ebenfalls seit April 2012 online und hat mittlerweile 700.000 Nutzer. Neben den beiden Gründer-Unis wir-

### edX

Start	April 2012
Nutzer	700.000
Beteiligte Universitäten	Harvard University, Massachusetts Institute of Technology und zehn weitere internationale Universitäten
Kurse	23
Themen	Naturwissenschaften, Pharmazie, Biologie, Physik, Mathematik, Informatik, Geschichte, Jura, Chemie u. a.
Sprachen	Englisch

Stand: April 2013  
Quelle: IW-Zusammenstellung Institut der deutschen Wirtschaft Köln

ken noch zehn weitere Hochschulen aus allen Teilen der Welt mit.

Die MOOCs sind für die User kostenlos. Wer allerdings am Ende des jeweiligen Kurses eine Prüfung ablegen möchte, muss sich kostenpflichtig registrieren. Ein MOOC besteht nicht nur aus einer Folge von

### Udacity

Start	Februar 2012
Nutzer	500.000
Beteiligte Universitäten	Stanford University
Kurse	25
Themen	Informatik, Physik, Mathematik, Psychologie
Sprachen	Englisch

Stand: April 2013  
Quelle: IW-Zusammenstellung Institut der deutschen Wirtschaft Köln

gefilmten Vorlesungen, sondern auch aus Übungen und Tests.

Die steigenden Nutzerzahlen der Lernplattformen in den USA zeigen, dass es einen großen Bedarf an kostenlosen Bildungsangeboten gibt. Dabei geht es den meisten Teilnehmern jedoch nicht unbedingt darum, einen Abschluss zu erwerben. Im Gegenteil: Die meisten Menschen nehmen offenbar aus reiner Lust am Lernen an den Kursen teil. Die Bandbreite der Teilnehmer erstreckt sich von Seniorstudenten bis hin zu Abiturienten, die sich zum Beispiel BWL-Einführungsveranstaltungen anschauen, um herauszufinden, ob das Fach das Richtige für sie ist.

**In Deutschland stecken die MOOCs noch in den Kinderschuhen.**

## OpenHPI

Start	September 2012
Nutzer	15.000 im 1. Kurs (2.132 Zertifikate), 11.000 im 2. Kurs (1.662 Zertifikate), 5.900 im 3. Kurs (778 Zertifikate)
Beteiligte Universitäten	Hasso-Plattner-Institut
Kurse	4
Themen	Informationstechnologie, Informatik
Sprachen	Deutsch, Englisch
Stand: April 2013 Quelle: IW-Zusammenstellung	 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

**Bislang gibt es nämlich keine einzige hochschulübergreifende Plattform mit ähnlich vielen Nutzern wie in den USA.**

OpenCourseWorld ist ein deutsches Angebot, an dem neben der Universität des Saarlandes, der TU München und der TU Hamburg-Harburg auch Unternehmen mitwirken. Mit aktuell 1.200 Nutzern kann das Angebot jedoch nicht mit den Amerikanern mithalten.


Ein weiteres Angebot ist OpenHPI, eine Lernplattform des Hasso-Plattner-Instituts aus Potsdam, die seit September 2012 vier Informatikkurse anbietet. Den ersten Kurs besuchten rund 15.000 Studenten, etwa 2.100 davon legten im Anschluss eine Prüfung ab.

Eine ernstzunehmende Konkurrenz zu den US-Plattformen möchte das Berliner Unternehmen iversity werden (Interview). Die Plattform, die 2008 als eine Art Netzwerk gegründet wurde, hat aktuell rund 70.000 Nutzer. Ab dem Wintersemester 2013/14 soll es hochschulübergreifend Online-Kurse geben.

Um entsprechende Formate entwickeln zu können, hat iversity gemeinsam mit dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft einen mit 250.000 Euro dotierten Wettbewerb für insgesamt zehn Stipendien ausgeschrieben. Dafür beworben haben sich gut 500 Professoren mit 254 Kursvorschlägen zu verschiedenen Themen.

Die Internetnutzer konnten bis zum 22. Mai darüber abstimmen, welche zehn Kurse als Inhalte auf iversity angeboten werden sollen. Unter den Top Ten waren z.B. die Kurse „Internationales Agrarmanagement“, „Ingenieurmathematik für Jedermann“ oder „Harry Potter and Issues in International Politics“. Nun wird eine Fachjury die Gewinner der Stipendien auswählen.

## OpenCourseWorld

Start	Januar 2013
Nutzer	1.200
Beteiligte Universitäten	Universität des Saarlandes, Technische Universität München, Universität Hamburg, HTW Saar, Hochschule Heilbronn, Fachhochschule Kaiserslautern, HBK Saar; Unternehmen als Praxispartner
Kurse	3
Themen	Neue Informationstechnologien, Medien, Kommunikation und Management
Sprachen	Deutsch
Stand: April 2013 Quelle: IW-Zusammenstellung	 Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Nachgefragt bei Jonas Liepmann,  
Gründer und Geschäftsführer von iversity

### „Da ist richtig Musik drin“

#### Was ist iversity?

iversity ist eine Plattform, die ich im Jahr 2008 gegründet habe, und zwar als Netzwerk für hochschulübergreifende Lehre. Dieses damals noch studentische Projekt hat sich immer weiter entwickelt, bis ich Mitte 2011 gemerkt habe: Da ist richtig Musik drin. Jetzt entwickeln wir iversity weiter mit dem Fokus auf Open Courses. Gemeinsam mit Professoren wollen wir hochqualitative Kurse entwickeln, die sich dann nicht nur an Studenten richten, sondern für die Allgemeinheit von Interesse sind.

#### Wie wollen Sie sich von anderen Plattformen wie Coursera oder Udacity abheben?

Wir haben erstens den Vorteil, dass wir die Videos in enger Zusammenarbeit mit den Professoren erstellen. Zweitens wollen wir die Kurse in verschiedenen Sprachen anbieten. Drittens sollten ohnehin nicht ein oder zwei Plattformen die gesamte Bildungslandschaft dominieren.

#### Sind MOOCs die akademische Bildung der Zukunft?

MOOCs werden die akademische Bildungswelt massiv beeinflussen. Allerdings wird die Präsenzlehre damit nicht abgeschafft, sondern es werden sich ihre Vorteile herauskristalisieren. Und das ist eben nicht, 600 Leute im Hörsaal zu treffen. Meine Vision ist ein Mischmodell aus On- und Offline. Manches funktioniert im Netz vielleicht sogar besser, denn eine Vorlesung im Hörsaal kann ich nicht zurückspulen, wenn ich etwas nicht verstanden habe.

#### Welche Chancen ergeben sich für das deutsche Bildungssystem durch MOOCs?

Die deutsche Universitätslandschaft kann durch diese Entwicklung ihre Qualitäten demonstrieren. Denn letztendlich sind die MOOCs auch ein Marketingkanal. Man nimmt die besten Professoren und produziert mit ihnen tolle Inhalte, um die eigene Exzellenz der Lehre zu beweisen. Universitäten müssen sich im Online-Markt einfach mehr Mühe geben, didaktisch gute Inhalte einzustellen. Und Professoren haben einen größeren Anreiz, sich in der Lehre zu engagieren. Damit wird das Qualitätsniveau steigen und sich im besten Fall auch auf die Präsenzlehre auswirken.

++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview +++ Interview

# Ruhm, Ehre und satte Prämien

**Fußball.** Knapp 1,2 Milliarden Euro erlöst die UEFA durch den Wettbewerb der europäischen Vereinsmannschaften. Auch für die Fußballklubs ist die Teilnahme an der Champions League äußerst lukrativ. Sie können an Prämien mehr als 60 Millionen Euro einnehmen – pro Saison.

Das hat es in der Geschichte der Champions League noch nicht gegeben: Zum ersten Mal treffen im Finale der Königsklasse zwei deutsche Mannschaften aufeinander. Am 25. Mai spielen Borussia Dortmund und Bayern München im Londoner Wembley-Stadion um Titel, Ruhm und Ehre. Und um 4 Millionen Euro.

Schon der Weg zum Finale lohnt sich. Alle 32 Teilnehmer der Gruppenphase erhalten Geld aus dem

Topf der UEFA: einen Fixbetrag, Leistungsprämien und Geld aus dem Marktpool, in den die Einnahmen aus der TV-Vermarktung fließen. Allein für die Qualifikation zur Gruppenphase kriegt jeder Verein 8,6 Millionen Euro (Grafik).

Pro Sieg in der Gruppenphase überweist der europäische Fußballverband außerdem 1 Million Euro, bei einem Unentschieden immerhin noch die Hälfte. Bei sechs Spielen kann also jede Mannschaft maximal 6 Millionen Euro verdienen – was allerdings in dieser Saison keinem Verein gelang.

Das große Geld gibt es in der K.o.-Phase: für das Erreichen des Achtelfinales 3,5 Millionen Euro, für das Viertelfinale 3,9 Millionen Euro, für das Halbfinale 4,9 Millionen

Euro und für das Finale 6,5 Millionen Euro. Der Gewinner der Champions League kann sich über weitere 4 Millionen Euro freuen.

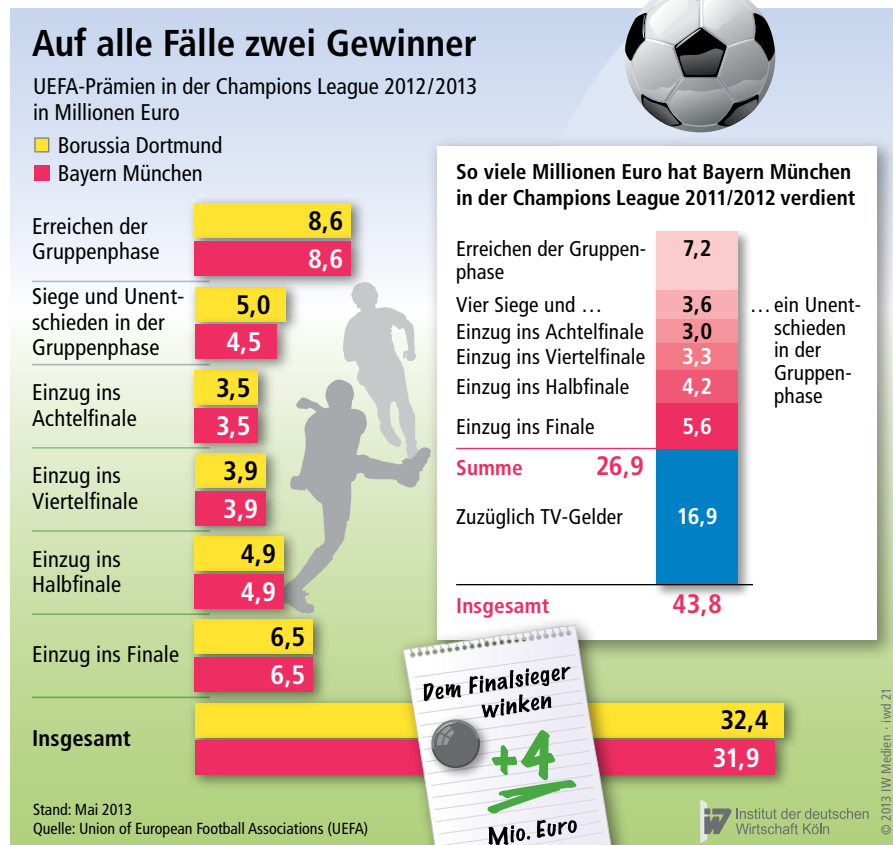
Wer sich von der Gruppenphase bis zum Finalsieg durchspielt, kann in dieser Saison 37,4 Millionen Euro einnehmen.

**Der BVB hat bisher 32,4 Millionen Euro durch Fixbeträge und Prämien eingesammelt, die Bayern 31,9 Millionen Euro.**

Aber das ist nicht alles: Hinzu kommen die Fernsehgelder. Diese hängen ab vom kommerziellen Wert des jeweiligen nationalen Fernsehmarktes, der Anzahl an Spielen in der Champions-League-Saison und der Platzierung in der heimischen Liga in der Vorsaison. Der FC Bayern kam in der Saison 2011/2012 als Verlierer des Champions-League-Finales auf TV-Gelder in Höhe von knapp 17 Millionen Euro.

Legt man diese Zahl zugrunde, ergibt sich für den Verlierer des diesjährigen Finales ein Gesamtbetrag von knapp 50 Millionen Euro, für den Gewinner sind es um die 53 Millionen Euro. Die TV-Gelder einiger britischer Vereine sind noch höher, sodass auch Beträge von über 60 Millionen Euro möglich sind.

Die UEFA kann sich die großzügige Prämienausschüttung an die Fußballvereine durchaus leisten. Zwar hat sie das in der Saison 2010/2011 rund 830 Millionen Euro gekostet. Gleichzeitig erlöste der europäische Fußballverband seinerzeit aber aus der Champions League fast 1,2 Milliarden Euro – das waren rund 80 Prozent der gesamten Einnahmen der UEFA.



# Laufzeit gegen Geld

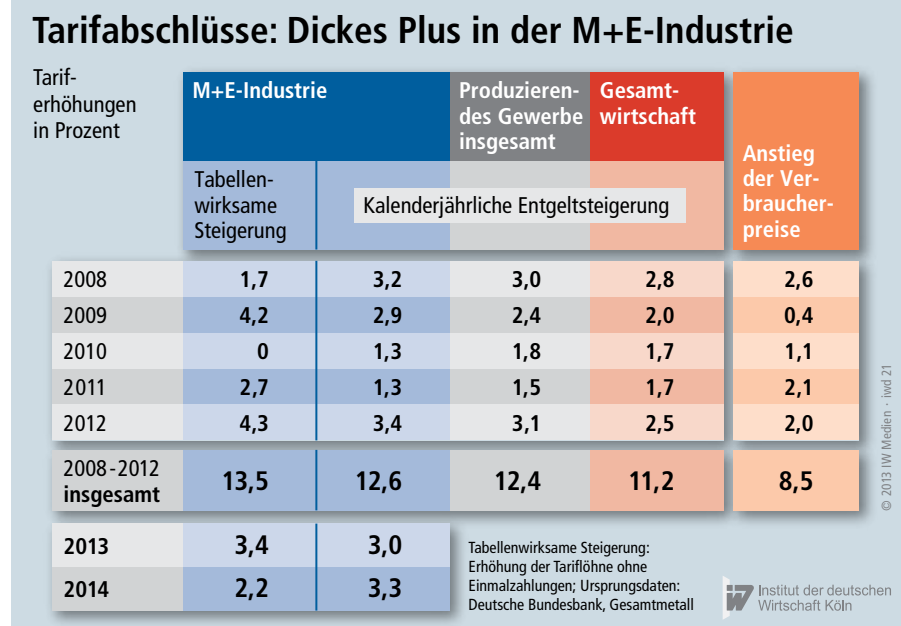
**M+E-Tarifabschluss.** In der Metall- und Elektro-Industrie haben sich die Tarifparteien in der vergangenen Woche auf einen neuen Entgelttarifvertrag geeinigt. Der Abschluss kam bereits nach zwei Monaten und in der vierten Verhandlungsrunde zustande.

In dieser Tarifrunde setzte die IG Metall auf eine reine Entgeltrunde: Der Forderung nach 5,5 Prozent mehr Lohn für zwölf Monate stand das Arbeitgeberangebot von 2,3 Prozent nach zwei Nullmonaten für 13 Monate gegenüber. Nachdem der Verhandlungsrahmen damit abgesteckt war, einigten sich die Tarifparteien zügig auf einen für beide Seiten fairen Kompromiss: Die IG Metall kam den Arbeitgebern bei der Laufzeit entgegen, dafür werden die Tariflöhne in zwei Stufen erhöht (Grafik):

**Ab Juli 2013 gibt es ein Tarifplus von 3,4 Prozent, im Mai 2014 folgt eine weitere Anhebung der Löhne um 2,2 Prozent, die dann bis Ende des Jahres gilt.**

Damit der Kostenanstieg für die Arbeitgeber im Kalenderjahr 2013 vertretbar bleibt – hier wirkt neben der soeben beschlossenen Lohnerhöhung auch der hohe Tarifabschluss von 4,3 Prozent aus dem vergangenen Jahr noch nach –, wurden mit dem Mai und Juni zwei Nullmonate beschlossen.

Trotz der tabellenwirksamen Erhöhung um 3,4 Prozent ergibt sich im Kalenderjahr 2013, das für die Kalkulation der Unternehmen entscheidend ist, eine Entgeltsteigerung von durchschnittlich 2,96 Prozent. Im Jahr darauf folgt dann mit 3,25



Prozent ein etwas höheres Plus. Diese Differenzierung trägt dem Umstand Rechnung, dass sich die Konjunktur 2014 voraussichtlich etwas besser entwickeln wird als im laufenden Jahr.

Anders als in früheren Jahren sieht der diesjährige Abschluss keine betrieblichen Differenzierungsmöglichkeiten vor. Im Jahr 2006 hatten sich die Tarifpartner auf eine Einmalzahlung geeinigt, die je nach Ertragslage des Unternehmens variabel zu gestalten war – nämlich zwischen 0 und 620 Euro. Ein Jahr später gab es einen variablen Konjunkturbonus und die Möglichkeit, die zweite Stufe der Tabellenerhöhung um bis zu vier Monate zu verschieben. Der Abschluss von 2008 enthielt ähnliche Regelungen. Alle Differenzierungsmöglichkeiten waren „echte“ Öffnungsklauseln, das heißt, die Betriebsparteien konnten autonom darüber entscheiden, ob und wie sie die eingeräumten Spielräume nutzen.

Zu einer solchen Öffnung war die IG Metall in der laufenden Tarifrunde nicht bereit: Jede Differenzierung sollte von der Zustimmung durch die Gewerkschaft abhängig gemacht werden. Da es mit dem Instrument der Ergänzungsstarifverträge solche betrieblichen Anpassungsmöglichkeiten jedoch bereits gibt, verzichteten die Arbeitgeber auf eine „unechte“ Differenzierung.

Der Verzicht wird allerdings kompensiert. Zum einen bewegt sich die Kostenbelastung auf einem Niveau, das für die meisten Betriebe finanzierbar sein sollte. Zum anderen haben die Unternehmen mit der 20-monatigen Laufzeit ein deutliches Plus an Planungssicherheit.

Die IG Metall wiederum kann als mitgliederstärkste deutsche Gewerkschaft für sich beanspruchen, seit der Wirtschaftskrise 2008 nicht nur deutliche Realloohnerhöhungen durchgesetzt zu haben, sondern im Vergleich zu anderen Branchen auch die Nase vorn zu haben.

# Holprige Herbergssuche

**Studentischer Wohnungsmarkt.** Der Run auf die Hochschulen führt dazu, dass in den Uni-Städten gerade kleine Wohnungen knapp und teuer sind. Selbst die Zimmer in den Wohnheimen des Deutschen Studentenwerks – die lange als unattraktiv galten – sind begehrt. Doch sie reichen gerade mal für einen Bruchteil der Studenten.

Es soll sie geben: Ex-Studenten, die ihr Studium geschmissen haben, weil sie keine bezahlbare Unterkunft in Uni-Nähe finden konnten.

Dass es mancherorts leichter ist, einen Studienplatz in einem begehrten Fach wie Medizin zu ergattern als eine schlichte Studentebude, hat einen einfachen Grund: Deutschland entwickelt sich mehr und mehr zu einem Studentenland. Rund die Hälfte aller Schulabsolventen steuert inzwischen eine Hochschule an, hinzu kommen die doppelten Abiturientenjahrgänge sowie ein größerer Zustrom auslän-

discher Studenten. All dies sorgt für einen Run auf die Universitäten und Fachhochschulen:

**Aktuell sind rund 2,5 Millionen Männer und Frauen an deutschen Hochschulen immatrikuliert – 2001 waren es nur 1,9 Millionen.**

Der abrupte Studentenzuwachs hat in vielen Uni-Städten eine akute Wohnungsnot ausgelöst. In Köln zum Beispiel krabbelten im Februar bereits zum zweiten Mal Studenten vor dem Hauptgebäude der Universität in mitgebrachte Pappkartons, um auf das drängende Unterkunftsproblem aufmerksam zu machen.

Bezahlbare Zimmer für durchschnittlich 214 Euro Warmmiete im Monat bietet traditionell das Deutsche Studentenwerk, das bundesweit an 58 Hochschulstandorten Wohnheime betreibt. Derzeit gibt es 230.000 öffentlich geförderte Wohnheimplätze, davon 183.000 Plätze von den Studentenwerken – das sind allerdings 25.000 zu wenig.

In fast allen Uni-Städten gibt es deshalb lange Wartelisten. Zum Beispiel in Gießen. Die mittelhessische Stadt hat rund 78.000 Einwohner – von denen 26.000 studieren. Damit ist Gießen nicht nur die Uni-Stadt mit der bundesweit höchsten Studentendichte, sondern muss auch mit einer steten Nachfrage nach kleinen Wohnungen fertigwerden (Grafik):

## Adressaufkleber

## Studentenbuden: In renommierten Uni-Städten besonders rar

**Suche Zimmer!**

So knapp waren die Wohnheimplätze in den zehn Städten mit der höchsten Studentendichte

- Studenten in Prozent der Bevölkerung
- Durchschnittliche Monatsmiete pro Wohnheimplatz in Euro
- Studenten pro Wohnheimplatz

Gießen	32,9	228	15,1
Marburg	28,2	233	9,8
Passau	19,8	243	9,5
Würzburg	18,3	230	9,0
Jena	18,7	327	8,5
Heidelberg	20,0	211	7,3
Greifswald	21,4	229	7,1
Erlangen	25,0	210	6,6
Göttingen	21,0	242	6,1
Tübingen	29,7	313	5,7

Stand: 2012; Quellen: Statistisches Bundesamt, CB Richard Ellis

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2013 IW Medien - iwkd21  
Foto: contrastwerkstatt - Fotolia.com

## Rein rechnerisch konkurrieren in Gießen 15 Studenten um einen Wohnheimplatz.

Angesichts dieser Lage suchen die Länder und Kommunen verzweifelt nach Alternativen. Bislang bezuschussen lediglich Bayern und Thüringen Neubauten der Studentenwerke, anderswo setzt man auf ungewöhnlichere Lösungen: In Münster etwa sollen die Hochschüler ab dem Sommer für eine Übergangszeit in der leerstehenden York-Kaserne wohnen dürfen. Und in Köln-Porz sind kürzlich die ersten fünf Studenten in ein Seniorenstift gezogen.

## Impressum

**Herausgeber:**  
Institut der deutschen Wirtschaft Köln  
**Chefredakteur:** Axel Rhein  
**Stellv. Chefredakteur:** Klaus Schäfer (verantwortlich)  
**Redaktion:** Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Vanessa Dahm, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber  
**Redaktionsassistentz:** Ines Pelzer  
**Grafik:** Michael Kaspers, Ralf Sassen  
**Telefon:** 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504  
**E-Mail:** iwkd@iwkoeln.de

Erscheinungsweise wöchentlich  
**Bezugspreis:** € 8,67/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer  
**Abo-Service:** Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de  
**Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln  
**Telefon:** 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445  
**Druck:** Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwD wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de  
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

**IW.KÖLN.WISSEN**  
SCHAFFT KOMPETENZ.